

Vattenfall Europe AG  
- Externe Kommunikation -  
Chausseestraße 23  
DE-10115 Berlin

---

CDU-Fraktion, Dr.Helmut Rüberg, Uhlenkamp 11, 21521 Dassendorf

Gemeindevertretung Dassendorf; Aufforderung vom 16.3.2010 zur Stilllegung des KKW Krümmel

Sehr geehrter Herr Müller,

die Gemeinde Dassendorf liegt einige Kilometer entfernt nordwestlich des KKW Krümmel. Die rot-grüne Mehrheit in der Gemeindevertretung unter Führung von Bürgermeisterin Martina Falkenberg fordert nun mit einem Beschluss vom 16.3.2010 Ihre Firma auf, das KKW Krümmel nicht wieder in Betrieb zu nehmen. In der Sitzung der Gemeindevertretung hat die CDU-Fraktion gegen den Beschluss gestimmt. Die Aufforderung der Gemeinde wird Ihnen in vorraussichtlich in Kürze zugehen. Wir möchten Ihnen mitteilen, wie wir diesen Beschluss sehen und vor welchem Hintergrund der Beschluss steht.

„Die Gemeinden sind nur für solche Angelegenheiten zuständig, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf sie einen spezifischen Bezug haben, die also den Gemeindegewohnern gerade als solchen gemeinsam sind, indem sie das Zusammenleben und -wohnen der Menschen in der Gemeinde betreffen.“ ( BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 23. November 1988). Die Gemeindevertretung ist somit nicht der Ort für solche Beschlüsse. Wir haben die Kommunalaufsicht des Landkreises Herzogtum Lauenburg gebeten, gegen die Beschlussfassung wegen Verstoßes gegen Art.28 GG einzuschreiten. Die Kommunalaufsicht bleibt aber wahrscheinlich aus „politischen“ Gründen untätig.

Soweit sich eine öffentlich-rechtliche Stelle zu einem solchen Thema äußert, ist es erforderlich, dass sie über den dafür erforderlichen Sachverstand verfügt. Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Amtes Hohe Elbgeest und die Gemeindevertreter verfügen nicht über eine für die Beantwortung dieser Fragen erforderliche Sachkenntnis. Einige Befürworter der Beschlussfassung dürften nicht einmal Funktion und Wirkungsweise eines Transformators näher beschreiben können.

In der Beschlussfassung wird behauptet, die Menschen in der Gemeinde befürchteten neue Störfälle, die zu Nachteilen für Leben und Gesundheit führen könnten. Der Grundstücksmarkt in unserer Gemeinde würde die Ängste widerspiegeln, die die Menschen vor Störfällen des KKW Krümmel hätten. Uns ist bisher in keinem einzigen Fall bekannt geworden, dass ein

Zuzug in unsere Gemeinde aus diesen Gründen unterblieben wäre. Vielmehr sind Baugrundstücke in unserer Gemeinde begehrt und meistens binnen weniger Wochen verkauft. Der größere Teil der Gemeindevertreter, die die Stilllegungsaufforderung beschlossen haben, ist erst in den letzten Jahren in die Gemeinde gezogen.

Die Bürgermeisterin Frau Martina Falkenberg (SPD) fordert Ihr Unternehmen zur Stilllegung von Krümmel auf. Sie nimmt dabei für sich in Anspruch, für die Menschen in der Gemeinde Dassendorf sprechen zu können. Bei der letzten Bundestagswahl haben in unserer Gemeinde fast 52% der Bürger für CDU und FDP gestimmt. Diese Parteien setzen sich bekanntlich auf der zuständigen Bundesebene für die Verlängerung der Laufzeiten der KKW. Die Beschlussfassung repräsentiert somit nicht den überwiegenden Willen der Dassendorfer Bevölkerung. Der repräsentative Anspruch von Bürgermeisterin Martina Falkenberg und der rot-grünen Mehrheit in der Gemeindevertretung ist eine Anmaßung.

Wir vermuten, dass die Beschlussfassung im Zusammenhang mit der am 24. April 2010 geplanten Demonstrationkette von Brokdorf nach Krümmel steht und aus der Parteizentrale gesteuert ist. Angesichts der bevorstehenden Beschlussfassung zur Verlängerung der Restlaufzeiten soll auf der Strasse mobil gemacht werden, um für Krawall und leider auch gewalttätige Aktion den Boden zu bereiten. Wir lehnen es ab, dass die Gemeindevertretung Dassendorf dazu von Hardlinern aus der SPD und einer obskuren grünen Wählergemeinschaft missbraucht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Rüberg  
(Fraktionsvorsitzender)